Neue Westfälische, 8.8.2022

Große Fracking-Vorbehalte in NRW

Im Zuge einer möglichen Gasmangellage taucht in der Politik eine alte Debatte über eine umstrittene Methode der Gasgewinnung wieder auf. In der Region gibt es viele Kritiker. Die Landespolitik positioniert sich.

Ingo Kalischek

■ **Düsseldorf.** Der Fahrplan für die Energieversorgung in NRW stand schon fest: Bis es genug Energie aus Wind und Sonne gewinnen könne, wollte das Land auf Gas setzen – und bis zu zwölf zusätzliche Gaskraftwerke bauen. Das kündigte der damalige Landeswirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) zu Jahresbeginn gegenüber dieser Zeitung an. Seit dem Ukraine-Krieg hat sich die Situation entscheidend verändert. Gas wird knapp und dürfte als Übergangstechnologie ausscheiden. Was sind die Alternativen? Bayerns CSU-Regierungschef Markus Söder brachte jetzt das Fracking ins Spiel, also die Gasgewinnung im eigenen Land. Ein Ansatz, um die Energieversorgung zu sichern?

NRW-Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) gehört zu den Fracking-Kritikern. Foto: Grüne

Fracking

Diskussionen um Fracking sind nicht neu. Dabei handelt es sich um einen Vorgang, bei dem ein Gemisch aus Sand, Wasser und chemischen Zusätzen in den Untergrund gepresst wird. Durch den hohen Druck wird das Gestein aufgesprengt. So ist der Zugang zu den Rohstoffen möglich. Das Gas kann dann nach oben an die Erdoberfläche befördert werden. Anschließend wird Sand in die Tiefe gepumpt, um die Gesteinsrisse zu stabilisieren.

Befürworter

Andreas Pinkwart, der von 2017 bis zum Mai dieses Jahres das Wirtschafts- und Energieministerium in NRW führte, brachte noch im April Fracking ins Gespräch. Alle Regeln, die dem Fracking gegenüberstünden, gehörten „auf den Prüfstand“, wenn man eine Energieunabhängigkeit erreichen wolle, sagte Pinkwart. Auch Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, befürwortet eine Prüfung, um schnell aus russischem Gas aussteigen zu können.

Auch Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer fragt: Warum solle man Fracking-Gas aus den USA beziehen, wenn man es hier mit höheren Umweltauflagen fördern könne? Fakt ist: Durch Fracking könnte viel Gas gewonnen werden. Das Potenzial sei groß.

Die Lage in NRW

Die größten Gasvorkommen soll es in Niedersachsen geben, auf das kürzlich auch Markus Söder verwies. Auch auf Rügen und in Baden-Württemberg soll es Gasvorkommen geben, ebenso in OWL. Das gesamte Gebiet in der Region war in der Vergangenheit bereits von Energiekonzernen und deren Aufsichtsfeldern belegt, um Fracking zu prüfen, wie Natur- und Umweltschützer Fritz Buhr aus Paderborn berichtet. Die Rechte seien in der Vergangenheit ausgelaufen, da keine Anträge auf Verlängerung gestellt worden seien, so Buhr gegenüber dieser Zeitung. Der Umweltschützer hat sich seit Jahren intensiv mit dem Thema beschäftigt.

Gegner in OWL

Ebenso wie Buhr ist auch Karsten Otte von der Bezirkskonferenz Naturschutz OWL ein entschiedener Fracking-Gegner. „Dringender Appell an die Landes- und Bundesregierung: Lasst die Finger davon!“, so Otte. Er sieht in dem Verfahren eine „unverantwortbare Gefährdung“ der stark strapazierten Grundwasserressourcen. Auch Buhr fordert, dass die Gesundheits- und Touristikregion Ostwestfalen mit ihren reichen Trink- und Mineralwasserressourcen und ihren vielen Kurorten von Fracking „verschont“ bleiben müsse. Eine erneute Beantragung würde allen Bemühungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen „Hohn sprechen“, da Fracking noch immer unvermeidbar mit beträchtlichen Leckagen von Methan verbunden sei, das in den ersten 20 Jahren die über hundertfache Klimaschädlichkeit von CO_2 besitze, so Buhr.

Gegner im Land

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) bezeichnet Fracking als „schlechte Idee“. Es sei „aus guten Gründen“ in Deutschland größtenteils verboten. „Es ist mit besonders hohen Treibhausgasemissionen verbunden, kann Erdbeben verursachen und das Grundwasser verseuchen“, so die DUH auf Anfrage. Zudem fielen Unmengen an Lagerstättenwasser an, das teils giftige und radioaktive Bestandteile enthalte. Eine Bohrung verbrauche mehrere Millionen Liter Wasser. Das sei in den aktuellen Zeiten „absurd“.

Die NRW-Politik

Der neue NRW-Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) hält Fracking auch deshalb nicht für zukunftsfähig, da es erst in Jahren Gas produzieren könne. „Die Diskussion sollten wir uns nicht antun“, sagte Krischer kürzlich. Die Debatte sei bereits in der Vergangenheit „vor die Wand gefahren“ worden. Die neue Klima-Energie- und Wirtschaftsministerin in NRW, Mona Neubaur (Grüne), sagt auf Anfrage, dass Fracking bei der Bewältigung der aktuellen Krise kurzfristig „gar keinen Beitrag leisten“ könne, weshalb das Thema im Koalitionsvertrag des Landes auch nicht vorgesehen sei. Vielmehr sei das Land entschlossen, den Übergang hin zu einer klimaneutralen Produktionsweise auf Basis von erneuerbaren Energien und die Vorbereitungen für die Zufuhr von Wasserstoff gemeinsam zu stärken und auszubauen.

In einem Interview mit dieser Zeitung kurz vor der Landtagswahl wurde Neubaur noch deutlicher, als sie Fracking als „Hirngespinst“ bezeichnete. Auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck lehnt Fracking ab, wie er kürzlich erneut mitteilte.

Fazit

In NRW gibt es viele Fracking-Kritiker. Umweltschützer verweisen auf die Risiken für die Umwelt und den Verbrauch von sehr viel Wasser. Weiteres Argument gegen Fracking: Es würden mehrere Jahre vergehen, bis durch Fracking das erste Gas fließe, da es aufwendige Genehmigungsverfahren und Vorbereitungen erfordere.

Die Deutsche Umwelthilfe sieht die Bundesregierung in der Pflicht, stattdessen massiv Energie einzusparen, beispielsweise indem sie ein allgemeines Tempolimit durchsetze und die Sanierung ineffizienter Gebäude beschleunige.